

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses I vom 8. Februar 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 519 von Herrn FRANSSSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum Zentrum für ostbelgische Geschichte**

Im Rahmen der Genehmigung eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der DG-Regierung und dem Zentrum für ostbelgische Geschichte wurde deutlich, dass „viele Projekte konkret durch einen personellen Engpass bei ‚DEMETEC‘ im Bereich der Programmierung blockiert worden seien. [...] Die Situation mit DEMETEC habe fast ein Jahr andauert, währenddessen sich die Webseite zwar auf sichtbarer Ebene nicht, auf konzeptueller Ebene sehr wohl weiterentwickelt habe. Das ZOG hoffe, nun bald wieder Aufträge erteilen zu können, um das Portal insgesamt weiterentwickeln zu können. Man werde alles tun, um es noch besser zu positionieren.“¹

Hierzu meine Frage:

- *Ist es zu einer Lösung des Problems gekommen, so dass a) es zu einer inzwischen auch sichtbaren Weiterentwicklung der Webseite gekommen ist und b) eine bessere Positionierung erfolgen konnte?*

- **Frage Nr. 520 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur einjährigen Benelux-Präsidentschaft unseres Landes**

Der Monat Januar 2021 läutete in diesem Jahr den Startschuss der einjährigen Benelux-Präsidentschaft unseres Landes ein. Coronabedingt konnte die geplante Vorstellung der Prioritäten durch Vize-Premier und Außenministerin Sophie Wilmès nicht wie angedacht in Brüssel stattfinden.

Nichtsdestotrotz sind die Prioritäten der belgischen Präsidentschaft klar und rücken folgende Aspekte in den Vordergrund:

- Stärkung des Binnenmarkts
- Nachhaltigkeit in puncto Wirtschaft, Energie und Mobilität
- Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität

Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Benelux-Union und der EU soll sich darüber hinaus wie ein roter Faden durch die belgische Präsidentschaft ziehen.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ Vgl. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Dokument 49 (2019-2020), Nr. 2, S. 3.

Historisch betrachtet können viele ursprüngliche Benelux Ziele als hervorragende und bekannte Beispiele dafür angeführt werden, wie Herausforderungen länderübergreifend und partnerschaftlich – aber vor allen Dingen gemeinsam – angegangen werden können.

Greifbare Resultate sollen für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen die Folge sein.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

- *Da in unserer Gemeinschaft nicht nur das grenzüberschreitende Leben, Lernen sondern auch Arbeiten gelebte Realität ist: was kann die DG sich von der belgischen Präsidentschaft erhoffen? Inwiefern fließen die Prioritäten der DG in das Bündnis und die Präsidentschaft mit ein?*

• **Frage Nr. 521 von Herrn NELLES (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zu Gesprächen über die künftige Position der DG im belgischen Staatsaufbau**

Presseberichten zufolge trafen sich am 12. und 13. Januar 2021 der DG-Ministerpräsident Oliver Paasch und die Föderalminister Annelies Verlinden und David Clarinval, um über mögliche institutionellen Reformen in Belgien ausführlich auszutauschen.

Laut Ministerpräsident Paasch stünde die DG einer Vereinfachung des belgischen Staatsaufbaus positiv gegenüber.

Wörtlich sagte er: „Entscheidend ist aus unserer Sicht natürlich die Frage, welche Rolle bzw. Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem solchen Kontext dabei künftig zuteilwird. In einem Modell mit Gemeinschaften muss es die einer 3. Gemeinschaft neben der Französischen und Flämischen bleiben; in einem Modell mit Regionen die einer 4. Region neben Flandern, der Wallonie und Brüssel werden“.

Hierzu meine Frage:

- *Verfolgt die Regierung der DG nicht in jedem Fall die Zielsetzung eines "Belgiens zu viert"?*
- *Welche konkreten Vereinbarungen wurden bei dem Treffen getroffen?*

• **Frage Nr. 522 von Herrn FRANSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum Dienstleistungsauftrag zur Optimierung der Kommunikation der DG-Regierung**

Die DG-Regierung beschloss in ihrer Sitzung vom 23. Dezember 2020 die Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags über die Optimierung der Kommunikation der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Dies geschah vor dem Hintergrund der Coronapandemie und wird mit immer weiter um sich greifenden Fehlinformationen und Verschwörungserzählungen begründet.

Der Ministerpräsident wird mit der Durchführung des vorliegenden Beschlusses beauftragt.

Hierzu meine Fragen:

- *Welche Defizite haben die Regierung der DG zu diesem Dienstleistungsauftrag bewogen?*
- *Was ist der genaue Gegenstand des Dienstleistungsauftrages?*

• **Frage Nr. 523 von Herrn FRANSSSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zu Mitteln aus dem EU-Hilfsfonds zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die belgische Föderalregierung und Gliedstaaten des Landes einigten sich kürzlich auf die Verteilung der 5,9 Milliarden Euro aus dem Corona-Hilfsfonds der Europäischen Union. Von dieser Summe gehen 50 Millionen an die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Hierzu meine Fragen:

- *Nach welchen Kriterien erfolgte die Verteilung der Mittel?*
- *Wieviel von den 50 Mio. € wird für welche Projekte verwendet?*
- *Wo stehen diese Projekte in ihrem Entwicklungsstand?*

• **Frage Nr. 524 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Verwendung der an die DG zugestandenen Mittel aus dem europäischen Hilfsfonds zur Wiederankurbelung der Wirtschaft**

Der europäische Hilfsfonds zur Wiederankurbelung der Wirtschaft soll für Belgien bekanntlich eine Summe von 5,925 Mia Euro umfassen.

Seit vergangenem Monat – Ich erinnere in dem Zusammenhang an die Frage meines Kollegen Charles Servaty – wurde sich in unserem Land zwischen dem Föderalstaat und den Teilstaaten auf die Verteilung dieser Mittel geeinigt. Der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden 50 Millionen Euro zugestanden.

Darüber hinaus werden von Belgien und seinen Teilstaaten für etwa 30 % mehr Projekte als für die als für die in Aussicht gestellte Summe hinterlegt, für den Fall dass die EU das eine oder andere Vorhaben ablehnen sollte.

Jetzt geht es darum, in diesem Frühjahr der EU die konkreten belgischen Projekte, die man gerne mit Mitteln des Hilfsfonds umsetzen würde, vor zu stellen. Es gib auch gewisse thematische Vorgaben. So sollen beispielsweise Projekte die dem Klimaschutz dienlich sind Teil der Prioritäten sein.

Inzwischen haben einige Teilstaaten ihre Projekte bereits festgehalten und in der Öffentlichkeit detailliert. So hat die wallonische Regierung Ende Januar eine Liste von 24 Projekten festgehalten und öffentlich gemacht. Flandern hat seine 19 Projekte ebenfalls definiert. Auch die Föderalregierung hat sich auf ihre Projekte in einer Höhe von 1,6 Milliarden Euro geeinigt.

In den vergangenen Monaten wurde zwar von der DG-Regierung öfters angedeutet, wohin die Mittel gehen könnten.

Was jetzt konkret mit den 50 Millionen realisiert werden soll, also ein konkreter Plan, steht anscheinend im Gegensatz zu den anderen Teilstaaten wohl noch aus.

Daher meine Fragen an Sie :

- *Welche Projekte wird die DG-Regierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fördergelder einreichen ?*
- *Welche Mittel stehen diesen Projekten im Einzelnen zur Verfügung ?*
- *Wie ausgereift müssen die Projekte sein, um von der EU berücksichtigt werden zu können ?*

- **Frage Nr. 525 von Herrn FRANSSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Finanzierung der Hilfeleistungszonen durch die Wallonische Region**

Laut einer Studie des CIRIEC (Centre International de Recherches et d'Information sur l'Economie Publique, Sociale et Coopérative) ist die Wallonische Region nicht befugt die Hilfeleistungszonen zu finanzieren.²

Hierzu meine Fragen:

- *Wie bewertet die Regierung der DG die Ergebnisse der Studie?*
- *Inwieweit besteht vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse für die Hilfeleistungszone der DG finanzielle Planungssicherheit?*

- **Frage Nr. 526 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum Thema: REGIO-IT – Datensicherheit im Bereich der Dienstleistungen im Auftrage der DG?**

„Server der Regio IT über Stunden lahmgelegt!“ – so lauteten die Schlagzeilen vieler regionaler Medien letzte Woche. In der Tat erfolgte am Mittwoch, den 27.1.2021, ein Hackerangriff auf den Aachener Dienstleister, dessen Teilhaber auch die Deutschsprachige Gemeinschaft ist.

Die Folgen dieses Angriffes waren unterschiedlicher Natur: nicht nur Internetseiten standen nicht mehr zur Verfügung, sondern auch das Arbeiten im Home-Office war teilweise unmöglich oder fiel komplett weg. Glücklicherweise ist es nicht zu schwerwiegenden Datenverlusten gekommen.

Sogenannte Hackerangriffe vermehren sich immer mehr. Auch das Bundeskriminalamt ließ eine diesbezügliche Warnung Ende September 2020 verlauten und ging auf die zunehmende Cyberkriminalität ein. Besonders Einrichtungen im Gesundheitssektor wären ein begehrtes Angriffsziel (siehe auch VIVIAS Ostbelgien).

Der Schutz der Daten ist genauso wichtig wie der Datenschutz für Personen!

Da die Regio-IT in vielen IT-Projekten auf dem Gebiete der DG eingebunden ist, lauten meine Fragen an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

- *Sind Sie als Teilhaber der Regio-IT über diesen Hackerangriff informiert worden?*
- *Waren auch Server der DG Verwaltungen von diesem Hackerangriff betroffen?*
- *Welche Maßnahmen hat die DG Regierung getroffen, um solchen Hackerangriffen entgegenzuwirken?*

- **Frage Nr. 527 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Verwendung der Mittel aus dem europäischen SURE-Programm auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Anfang Februar hat die Europäische Kommission im Rahmen des SURE-Programms (Europäisches Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage) die vierte Tranche zur finanziellen Unterstützung

² Dazu u.a.: https://www.rtbf.be/info/belgique/detail_selon-une-etude-la-region-wallonne-ne-peut-pas-imposer-aux-provinces-d-augmenter-le-financement-des-zones-de-secours?id=10679373
<https://www.sergehustache.be/themes-1/item/579-la-reprise-du-financement-des-zones-de-secours-par-les-provinces-https-www-sergehustache-be-administrator-index-php-option-com-k2-view-item-cid-579-l-etude-ciriec-rebat-les-cartes>
<https://www.telemb.be/article/province-une-etude-recalle-le-financement-des-zones-de-secours>

der Mitglieder in Höhe von 14 Mrd. EUR an neun Mitgliedstaaten überwiesen. Dies ist die erste Auszahlung im Jahr 2021. Mit dieser Transaktion hat Belgien 2 Mrd. EUR, Zypern 229 Mio. EUR, Ungarn 304 Mio. EUR, Lettland 72 Mio. EUR, Polen 4,28 Mrd. EUR, Slowenien 913 Mio. EUR, Spanien 1,03 Mrd. EUR, Griechenland 728 Mio. EUR und Italien 4,45 Mrd. EUR erhalten. Alle neun Mitgliedstaaten hatten bereits 2020 über SURE im Rahmen einer der ersten drei Ausgaben und Auszahlungsmaßnahmen, die 2020 stattfanden, finanzielle Unterstützung erhalten.

Diese finanzielle Unterstützung erfolgt in Form von Darlehen, die die EU den Mitgliedstaaten zu günstigen Bedingungen gewährt. Diese Darlehen sollen den Mitgliedstaaten helfen, die aufgrund der Corona-Krise plötzlich mit steigenden öffentlichen Ausgaben zur Erhaltung von Arbeitsplätzen konfrontiert wurden. Konkret soll den Mitgliedstaaten dadurch ermöglicht werden, die Kosten zu decken, die ihnen unmittelbar durch die Finanzierung nationaler Kurzarbeitsregelungen sowie ähnlicher Maßnahmen, insbesondere für Selbstständige, entstehen, die sie in Reaktion auf die derzeitige Corona-Pandemie ergriffen haben. Ergänzend könnten über SURE auch gewisse gesundheitsbezogene Maßnahmen – insbesondere am Arbeitsplatz – finanziert werden, um eine sichere Rückkehr zu einer normalen Wirtschaftstätigkeit zu gewährleisten.

Im Rahmen des SURE-Programms kann die EU bis zu 100 Mrd. EUR an Darlehen für EU-Mitgliedstaaten mobilisieren, um Arbeitsplätze zu sichern und Menschen in Beschäftigung zu halten. Nach den jüngsten Auszahlungen sind aus dem SURE-Instrument insgesamt 53,5 Mrd. EUR an 15 Mitgliedstaaten geflossen. Nach Abschluss aller SURE-Auszahlungen wird Belgien 7,8 Mrd. EUR erhalten haben.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Welche für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Frage kommenden Projekte zur Verwendung der Mittel aus dem SURE-Programm wurden eingereicht?*
- *Mit welchen Begründungen wurde die Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Vorgaben der EU-Kommission argumentiert?*